

1 **Antrag 1 – Wr. Stadtleitung**

2 **Gegen Schwarz-Blau aufsteh'n, heißt für soziale** 3 **Gerechtigkeit und Demokratie einsteht'n**

4 Eine der ersten Maßnahmen der neuen ÖVP-FPÖ Regierung war die Streichung der
5 Aktion 20.000 für ältere Langzeitarbeitslose, die - trotz aller Kritik - doch für viele
6 Menschen neue Perspektiven eröffnet hätte. Die zu erwartenden zusätzlichen
7 Langzeitarbeitslosen werden einer degressiven Gestaltung des Arbeitslosengeldes
8 unterworfen, d.h. wer länger arbeitslos ist bekommt weniger.

9 Wenn die Regierung nun einen generellen 12-Stunden-Arbeitstag für alle ermöglichen
10 will, zugleich die Gegenmacht der Arbeiterkammern und der Gewerkschaft durch
11 Flexibilisierungen im Arbeits- und Sozialrecht schwächen will, so wird der Kampf um
12 halbwegs gut bezahlte Arbeitsplätze noch intensiver.

13 Wenn Verhandlungen bei Arbeitszeitfragen verstärkt auf betrieblicher bzw. individueller
14 Ebene stattfinden, dann ist klar, wer dabei Gewinner und wer die Verlierer sein werden.
15 Und klar ist auch, dass eine "Dumping-Spirale" abwärts zwischen den Betrieben
16 entstehen wird.

17 Zusätzlich sollen die zumutbaren Wegzeiten für Teilzeitjobs von 1,5 auf 2 Stunden und für
18 Vollzeitjobs von 2 auf 2,5 Stunden erhöht werden, Berufs- und Entgeltsschutz sollen - zum
19 Nachteil der Arbeitslosen und aller Erwerbstätigen - verschärft werden. Auch
20 Krankenstände sollen bzgl. der Dauer des Bezugs des Arbeitslosengeldbezugs nicht mehr
21 berücksichtigt werden. Für arbeitslose AusländerInnen sind weitere, zusätzliche
22 Verschärfungen geplant.

23 Aufgrund der geplanten Verschärfungen beim Arbeitslosengeld (wo Österreich mit einer
24 Nettoersatzrate von 55 % Schlusslicht innerhalb der EU ist) und des geplanten Entfalls
25 der Notstandshilfe werden zudem allein in Wien rund 70.000 Menschen in die
26 Mindestsicherung (BMS) abgedrängt, welche ein Leben in Würde nicht ermöglicht.
27 Zugleich werden die steigenden finanziellen Aufwendungen von der Gemeinde Wien zu
28 tragen sein und die Boulevard-Blätter werden einmal mehr die Kosten kritisieren.

29 Die budgetären Ersparnisse für den Staat durch die Abschaffung der Notstandshilfe sind
30 lächerlich gering - 2014 hätten nicht einmal 50 Mio. Euro eingespart werden können. Der
31 Druck, die Ware Arbeitskraft am Markt um fast jeden Preis zu verkaufen (= dem
32 Lohndumping nachzugeben), wird für viele Betroffene aber stark erhöht, was Kleinen
33 und großen Unternehmen nützt. Zugleich wird es für alle Betroffenen und die
34 betroffenen Kinder schwieriger, wieder ein Leben in Würde führen zu können.

35 Wenn die Mindestsicherung zugleich auf maximal 1.500 Euro gedeckelt wird, so wird dies
36 vor allem die Ärmsten der Armen (Familien mit mehreren Kindern und insbesondere
37 AlleinerzieherInnen) hart treffen. Grob geschätzt wollen Kurz und Strache 80.000
38 Menschen (es handelt sich um fünfzehn- bis zwanzigtausend Haushalte) eine dringend
39 notwendige finanzielle Unterstützung streichen, obwohl viele Untersuchungen zeigen,

40 dass insbesondere Alleinerzieherinnen und Mehrkind-Familien besonders Armuts- und
41 Ausgrenzungsgefährdet sind. Nicht topaktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass 3 von
42 4 Paaren/Familien "mit zumindest zwei Kindern Verluste hinnehmen" müssen. Betroffene
43 Paare mit drei Kindern verlieren mehr als 200 Euro im Monat, bei Familien mit fünf
44 Kindern wird der Verlust aufgrund dieser wunderbaren familienpolitischen Maßnahme
45 der angeblichen Familienpartei ÖVP im Schnitt gar auf über 500 Euro im Monat
46 anwachsen.

47 Als PR-Schmäh entpuppt sich auch der „Familien-Bonus“ der Regierung. Entlastet
48 werden damit primär jene, die mehr als 3.000 Euro brutto pro Monat an Einkommen
49 haben. Arbeitslose Frauen (und Männer) bekommen null Euro für ihr Kind bzw. ihre
50 Kinder. Und all jene, die nur Teilzeit arbeiten können oder in schlecht bzw. durchschnittlich
51 bezahlten Jobs arbeiten (und ein Einkommen von weniger als 3.000 Euro zur Verfügung
52 haben) bekommen für ihre Kinder wesentlich weniger Geld (=258,- Euro für 3 Kinder bei
53 einem Bruttoeinkommen von unter 1.200 Euro pro Monat). Allein in Wien verfügen
54 gegenwärtig (laut Statistischem Jahrbuch der Stadt Wien, 2017) über 90.000
55 lohnsteuerpflichtige Personen weniger als 15.000 Euro brutto im Jahr - was einen
56 Nettobezug von knapp 900 Euro pro Monat bedeutet.

57

58 **Anmerkungen zur bedarfsorientierten Mindestsicherung** 59 **(BMS)**

60 Beginnen wir mit dem Bekannten. Die Mindestsicherung hat 2015 maximal 828 Euro pro
61 Monat/AlleinvertreterIn betragen - darin enthalten waren auch rund 200 Euro zur
62 Deckung des Wohnbedarfs.

63 Anzumerken ist, dass die Mindestsicherung damit weit unter dem notwendigen
64 Mindeststandard liegt - denn laut EU-SILC 2016 lag die Armutsgefährdungsschwelle
65 bereits im Jahr 2015 für einen Einpersonenhaushalt bei 1.185 Euro pro Monat.

66

67 2014 hatten in Wien rund 284.000 Menschen trotz Erwerbstätigkeit bzw. früherer
68 Erwerbstätigkeit weniger als 830 Euro pro Monat zum Leben. Aber "nur" rund 160.000
69 Menschen haben irgendeine Art von Leistung aus der BMS bezogen - soviel zum Thema
70 "Sozialschmarotzertum". Ignoriert wird zudem, dass z.B. in Wien rund 150.000 Personen
71 ohne Erwerbsarbeit sind, es aber nicht einmal 10.000 offene Stellen gibt.

72 Tatsache ist: Leistungen aus der Mindestsicherung kann nur erhalten, wer alles Eigentum
73 und Vermögen bis rund 4.200 Euro aufgebracht hat. Wer ein Auto besitzt, muss dieses
74 verkaufen - außer das Gefährt ist berufs- bzw. behinderungsbedingt notwendig. Der/die
75 BMS-BezieherIn muss dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Es gibt strenge Kontrollen
76 und auch Bezugssperren.

77 Zugleich gilt es festzuhalten: Tatsache ist, dass 2015 fast 80 Prozent der BezieherInnen in
78 Wien nur Ergänzungsleistungen erhalten und die Höhe der Mindestsicherung in Wien
79 durchschnittlich bei 311 Euro pro individuellem Bezieher lag. Rund 56.000

80 Mindestsicherungs-BezieherInnen waren 2015 jünger als 18 Jahre.

81 Neue Zahlen zeigen zudem, dass die Zahl der Mindestsicherungsbezieher auch in Wien
82 rückläufig ist. So gab es im Dezember 2017 exakt 131.415 Empfänger - ein Rückgang von
83 3,5 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat 2016.

84 Noch eine Zahl: Die BMS machte 2016 mit einem Aufwand von rund 1 Mrd. Euro
85 bundesweit rund 1 % der Sozialausgaben aus. Während das letzte soziale Sicherungsnetz
86 angeblich u.a. aus Finanzgründen gekürzt wird, wurde bereits im Bundesbudget 2017
87 unter SPÖ-Führung eine beachtliche Ausweitung der Gelder für Bundesheer und Polizei
88 beschlossen.

89 Und klar gesagt werden muss: Die Mindestsicherung (ehemals Sozialhilfe) ist keine
90 Versicherungsleistung sondern einzig und allein der letzte Rettungsanker um zu
91 verhindern, dass hunderttausende Menschen quasi gezwungen werden "unter der
92 Brücke zu schlafen" oder aber Obdachlosen-Zeltstädte am Karlsplatz und im Prater
93 entstehen. Es soll verhindert werden, dass Menschen, die finanziell ganz Unten sind,
94 versuchen sich mit Schwarzarbeit, Einbruch und Diebstahl oder Drogengeschäften ein
95 Überleben zu sichern - alles Alternativen die außer der FPÖ, die an der Eskalation der
96 Situation wahrscheinlich sehr interessiert ist, niemand wollen kann.

97

98 Der uralten KPÖ-Forderung (14x ige Auszahlung), die ja ursprünglich im Entwurf der
99 damaligen Regierung zum BMS enthalten war, ist die blass-rote/zart-grüne Wiener
100 Stadtregerung bis dato nicht nachgekommen. Zugleich haben SPÖ und Grüne im
101 Sommer 2017 Verschärfungen beschlossen, die zwar nicht so katastrophal sind wie der
102 Deckelungsbeschluss in Niederösterreich, welcher inzwischen aber vom obersten
103 Gerichtshof aufgehoben wurde.

104 Wir Kommunisten und Kommunistinnen stellen den Ideen des sozialen Kahlschlags
105 unsere Vision einer Gesellschaft gegenüber, in der jede und jeder ein bedingungsloses,
106 personenbezogenes, existenzsicherndes Grundeinkommen erhält. Als erste Schritte
107 fordern wir die unverzügliche Einführung einer Mindestpension von 1.000 Euro für alle,
108 eine Mindestsicherung für Kinder und den Nulltarif auf allen Öffis.

109

110 **Schikanen gegen AsylwerberInnen und Asylberechtigte**

111 AsylwerberInnen sollen Bargeld und Handys abgenommen werden, das Taschengeld in
112 der Grundversorgung (es beträgt monatlich 40 Euro) soll gekürzt werden,
113 AsylwerberInnen sollen laut Innenminister Kickl in Massenquartieren „konzentriert“
114 werden, der Anspruch auf Mindestsicherung soll für anerkannte Flüchtlinge erst nach
115 fünfjährigen legalen Aufenthalt im Lande möglich sein.

116 Die Mindestsicherung für Asylberechtigte soll – wohl ebenfalls grundrechtswidrig - auf
117 365 Euro (plus 155 Euro „Integrationsbonus“) gekürzt und künftig in Form von Sach- statt
118 Geldleistungen ausgezahlt werden können. Die Familienbeihilfe für im Ausland lebende

119 Kinder soll je Land „angepasst“ werden. Ein schweizer Manager bekäme dann in Zukunft
120 mehr Kindergeld als jetzt, eine slowakische Altenpflegerin weniger Geld für das Kind!
121 Isolierung statt Inklusion lautet die Devise von Kurz und Strache -
122 „aufenthaltsverfestigende“ Maßnahmen sollen vermieden, verboten oder abgeschafft
123 werden. Längere Schubhaft, weniger Rechtsmittel, die Androhung des Verbots von
124 privaten Unterkünften für AsylwerberInnen isoliert Menschen über Jahre und wird Kinder
125 aus ihren Schulen und ihrer gewohnten Umgebung reißen. Die jahrzehntelange Arbeit
126 von NGOs soll entsorgt werden und erfahrene Beratungs- und Bildungseinrichtungen
127 wurden durch das 'Integrationsgesetz' ausgebootet. Hier wurden z.B. die Durchführung
128 von Erstberatungen und Deutschkursen für Asylberechtigte per Gesetz dem ÖVP-
129 Freundeskreis ÖIF (Österreichischer Integrationsfonds) - unerfahren und
130 ideologiedurchtränkt – zugeteilt.

131

132 **Umverteilung im großen Stil - auf Kosten der 99 %**

133 Die Regierung Kurz-Strache, die deutsch-nationale Ewiggestrige, Rechtsextremisten,
134 Hetzer und Rassisten auf wichtige Posten hievt, will die Steuer- und Abgabenquote
135 senken – von rund 10 bis 12 Milliarden Euro ist die Rede.

136

137 Mit „Sparen“ und „Strukturenreformen“ ist eine derartige Senkung der Abgabenquote
138 jedoch nicht erreichbar. Ohne Beiträge der Vermögenden sind Einschnitte im
139 Sozialbereich, bei Pflege, Gesundheit und Pensionen zu erwarten, die zu mehr Armut und
140 stärkerer Ungleichheit führen werden. Wer die Abgabenquote senkt, sorgt dafür, dass im
141 Gegenzug höhere private Beiträge für Bildung, Pensionen oder Gesundheit anfallen.

142 Faktum ist zugleich, dass der Sozialstaat in Österreich gegenwärtig noch größtenteils über
143 die Beiträge der Erwerbstätigen und der Arbeitgeber (wobei es sich da ja im Prinzip,
144 um dem Arbeitnehmer vorenthaltene Lohnbestandteile handelt) finanziert wird. Nur
145 rund 36 Prozent der Finanzmittel im Sozialstaatsbereich kommen zur Zeit aus
146 Steuermitteln.

147 Andererseits ist festzuhalten, dass Umsatzsteuer, Lohnsteuer, Mineralölsteuer und
148 sonstige Abgaben (also alles Steuern und Abgaben, die fast ausschließlich von den
149 berühmten 99 Prozent bezahlt werden) knapp über 80 Prozent zum Gesamt-
150 Steueraufkommen beisteuern, während die Körperschaftssteuer 8,9 % zum
151 Staatshaushalt beisteuert und die Kapitalertragssteuer 3,6 Prozent beisteuert.

152 Trotzdem wollen Kurz und Strache, die Bodyguards des Kapitals, die großen
153 Unternehmen weiter entlasten, dem dienen auch die Angriffe auf das
154 Sozialversicherungs- und Umlagesystem. Als wichtigste steuerliche
155 „Entlastungsmaßnahme“ für die „Wirtschaft“ sieht das Regierungsprogramm,
156 entsprechend den Wünschen der Industriellenvereinigung, eine Senkung der
157 Körperschaftssteuer für nicht entnommene Gewinne vor. Die Körperschaftssteuer ist die
158 Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften, die aus den Profiten nach Abzug aller

159 Vergünstigungen und steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten gezahlt wird. Sie beträgt
160 formell 25%, nachdem die erste schwarz-blaue Regierung den Steuersatz von 34% auf
161 25% herabgesetzt hat. Dazu sollen weitere degressive Abschreibungsmöglichkeiten
162 geschaffen werden, was die kurzfristigen Profite erhöht. Im Bereich Banken,
163 Versicherungen und Börse will die Regierung „Regulierung abbauen“. Zudem will sie auch
164 die private Pensionsvorsorge über Kapitalmärkte erneut staatlich fördern. Weiters geplant
165 ist es „privates Kapital zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, insbesondere
166 Demographie, Klimaschutz, Energie, Bildung zu mobilisieren“ – sprich öffentliche
167 Aufgaben für die Profit- und Anlagemöglichkeiten Privater zu öffnen.

168 Ebenfalls geplant wird eine Zusammenlegung von Sozialversicherungen - angeblich
169 sollen damit Einsparungen bei den Verwaltungskosten erreicht werden. Tatsache ist, dass
170 die Verwaltungskosten der Sozialversicherungen zur Zeit bei rund drei Prozent liegen,
171 während private Versicherungen oft bis zu 30 Prozent für Verwaltungskosten benötigen.
172 Die eigentliche Absicht beim Versuch der Zusammenlegung von Sozialversicherungen ist
173 ein gut funktionierendes System zu zerschlagen, um privaten Versicherungskonzernen
174 satte Geschäfte mit Krankheit, Unfall und Pension zuzuschauen.

175 Klar, dass Kurz und Strache weder von Vermögen-, noch von Erb- und Schenkungssteuer
176 sprechen, obwohl das reichste Prozent in Österreich über 40,5% des Vermögens besitzt.
177 Populistisch wird versprochen: Keine neuen Belastungen, keine neuen Steuern und
178 Abgaben. Für Studierende gilt das aber nicht. Für sie sind 500.- Euro Studiengebühren
179 pro Semester vorgesehen. Die zu erwartenden Proteste, sollen durch die geplante
180 Schwächung der Hochschülerschaften abgewendet werden.

181 **Profite als Staatsziel: „Wettbewerbsfähigkeit“ in die** 182 **Verfassung**

183

184 Weiters plant die Regierung Maßnahmen, die Wirtschaftsinteressen gegenüber
185 Umweltschutz leichter durchsetzbar machen. „Wachstum“ und ein „wettbewerbsfähiger
186 Wirtschaftsstandort“ sollen als Staatsziele in der Verfassung verankert werden.

187 „Genehmigungsverfahren“ für (klimaschädliche) Infrastrukturprojekte sollen gestrafft,
188 Umweltverträglichkeitsprüfungen gleichzeitig reduziert werden.

189 „Wettbewerbsfähigkeit“ als Staatszielbestimmung ist aber auch eine gefährliche Drohung
190 im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts, der Lohnpolitik und bzgl. des noch
191 verbliebenen Rests an öffentlichem und kommunalen Eigentum.

192 Zudem will die Regierung eine Schuldenbremse in die Verfassung schreiben - wichtige
193 und notwendige "Investitionen in Pflege, Bildung oder Klimaschutz können so verhindert,
194 Ausgaben im Sozialbereich noch einfacher gekürzt werden. Zudem würde der
195 Handlungsspielraum, bei Finanz- und Wirtschaftskrisen mit öffentlichen Investitionen
196 und sozialer Absicherung gegenzusteuern, massiv eingeschränkt – was Wirtschaftskrisen
197 weiter verschärft", kritisiert auch Attac. CETA und in der Folge weitere von der EU
198 vereinbarte Freihandelsabkommen werden von den beiden Regierungsparteien im

199 Parlament ratifiziert, obwohl Strache und die FPÖ im NR-Wahlkampf noch anders
200 versprochen haben.

201 **Ein gutes Leben für alle – die linke Alternativen zum** 202 **Kampf jeder gegen jeden**

203

204 Wir KommunistInnen sagen, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur, Kommunikation und
205 Mobilität sind Grundvoraussetzungen für ein Leben in Würde, welches angesichts der
206 Prekarisierung der Gesellschaft für hunderttausende Menschen auch in Österreich
207 immer schwieriger wird. Es braucht, so unsere Überzeugung, den Ausbau sozialer
208 Leistungen und Grundrechte, die – unabhängig davon ob der/die Betroffene selbst,
209 dessen Vater, Mutter, Großvater, Ehemann, die Ehefrau, der Sohn oder die Tochter
210 "Millionär" ist oder nicht – in Anspruch genommen werden können.

211

212 Wir sagen "Ja zur Gießkanne". Soziale Leistungen für alle Menschen – unabhängig vom
213 Einkommen und Vermögen – bringen enorme Einsparungen im Verwaltungsapparat von
214 Kommunen, Ländern und Bund, da unnötige und aufwendige bürokratische
215 Überprüfungsformalitäten entfallen. Zudem entfällt die Stigmatisierung, mit welcher
216 Anspruchsberechtigte sehr oft zu Bittstellern um ein Almosen degradiert werden.
217 Leistungen wie kostenlose öffentliche Verkehrsmittel, die ein wichtiger Beitrag gegen die
218 fortgesetzte Umweltzerstörung durch den schrankenlosen motorisierten
219 Individualverkehr sind, kostenloser Zugang zu Kultureinrichtungen, kostenlose
220 Kinderkrippen und Kindergärten, kostenlose Bildungs- und Weiterbildungsangebote für
221 alle Menschen sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Vieles existiert ja zudem schon in
222 Ansätzen, seien es verbilligte Seniorentarife im Bereich der Mobilität oder der verbilligte
223 Zugang zur Kultur für Kinder, Jugendliche & SeniorInnen, seien es staatlich oder
224 gewerkschaftlich geförderte Weiterbildungsangebote, der Sozial- und Mobilpass für
225 BezieherInnen der Mindestsicherung oder die Abschaffung des Betreuungsbeitrages in
226 den Kindergärten.

227

228 Der Ausbau kostenloser Kommunikationsmöglichkeiten (z.B. freies WLAN in Städten, ein
229 Minimum an kostenlosen Zeitungs- und Zeitschriftenabos, öffentliche Orte ohne
230 Konsumtionszwang, ...) gehören ebenso auf die Agenda gesetzt, wie die Realisierung
231 einer kostenlosen Energiegrundsicherung. Eine solidarische Gesellschaft erfordert die
232 bedingungslose ökonomische Absicherung, welche eine wichtige Grundlage für die
233 Nutzung von Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten ist.

234

235 Nur so – ohne Sorgen um ihre unmittelbare Existenzsicherung – werden alle Menschen
236 die Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsfreiheiten haben, ja sagen zu wollen und nein
237 sagen zu können.

238 **1 Enthaltung**

1 **Antrag 2 – Wiener Stadtleitung**

2 **Wien 2020 - Wovon wir ausgehen sollten und was wir** 3 **wann entscheiden werden**

4

5 Es ist davon auszugehen, dass die SPÖ-Wien unter dem neuen Parteivorsitzenden und
6 künftigen Bürgermeister Michael Ludwig die Politik des Lavierens, des "sowohl als auch"
7 fortsetzen wird. Ludwigs Bekenntnis zur 3. Piste in Schwechat, zur Lobau-Autobahn, seine
8 Ankündigung, es gelte über eine Wartefrist bei der Mindestsicherung nachzudenken,
9 zeigt die (falsche) Richtung an.

10 Zugleich ist davon auszugehen, dass die Vorhaben der FPÖVP-Regierung insbesondere
11 die Menschen in Wien hart treffen werden, wobei SPÖ und Grüne gerne ihre Rolle als
12 Beschützer und Verteidiger der kleinen Leut annehmen werden, was vielen Menschen
13 auch durchaus plausibel erscheint, denn die SPÖ hat sich schon während der langen
14 Amtszeit von Michael Häupl teilweise als Gegenpart (Stichwort: Umgang mit
15 AsylwerberInnen, Mindestsicherung) zu ÖVP und FPÖ positioniert und damit u.a. die
16 Wahl 2015 "gewonnen".

17 Trotzdem gilt es festzuhalten, dass in Wien vieles im Argen liegt. Selbst im Bereich der
18 Gemeinde ist gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit noch immer nicht Realität. Der
19 Ausbau sozialer Infrastruktur und nicht zuletzt des sozialen Wohnbau ist seit Jahren
20 ungenügend, der kostenlose Zugang zu qualitätsvoller medizinischer Versorgung und
21 Betreuung wird auch in Wien zusehends schwieriger. Rund 25 Prozent der in Wien
22 lebenden Menschen sind noch immer vom Wahlrecht ausgeschlossen, die extrem
23 undemokratische 5 %-Hürde, mit welcher linke Opposition im Gemeinderat verhindert
24 werden soll, haben ebenfalls SPÖ und Grünen zu verantworten.

25 Die SPÖ ist auch in Wien durch die Probleme der Bundespartei und deren
26 Diskreditierung aufgrund politischer Entscheidungen zu Recht belastet. Tatsache ist, dass
27 die SPÖ auf Bundesebene mit ihrer Politik des Lavierens und Nachgebens, der
28 sozialpolitisch sinnvollen Maßnahmen (z.B. Abschaffung des Pflegeregresses) einerseits
29 und der antisozialen oder menschenrechtswidrigen Maßnahmen (Schuldenbremse,
30 Flüchtlingsquoten, Verschärfung des Asylrechts, eine Steuerreform, die Bestverdienern
31 genützt hat, Verzicht auf Umverteilungsmaßnahmen von Oben nach Unten) andererseits
32 den politischen Aufstieg der FPÖ nicht verhindert hat, sondern diesen Aufstieg der FPÖ
33 auch maßgeblich mit zu verantworten hat.

34 Es ist die Aufgabe aller linken Kräfte die Menschen insbesondere in Wien davon zu
35 überzeugen, dass nur Druck von Links, dass nur der Einzug von linken Kräften in viele
36 Wiener Bezirksvertretungen, in den Gemeinderat, in viele Landtage und den Nationalrat
37 auf Dauer ein wirksames Gegenwicht schaffen kann, welches die rechten Kräfte daran
38 hindert immer umfassender neoliberale Positionen durchzusetzen.

39 Kernpunkt unserer sozial- und wirtschaftspolitischen Vorschläge ist und bleibt –
40 unabhängig vom konkreten An- und Auftreten bei Wahlen, die Umverteilung von
41 Ressourcen und Chancen zwischen Arm und Reich, zwischen Männern und Frauen – in
42 Österreich und auf globaler Ebene.

43 Daher fordern wir Mindestlöhne, die ein Leben in Würde ermöglichen, das mehr ist als
44 bloße Existenzsicherung, das auch Gemeinschaft, Zugehörigkeit zur Gesellschaft, Teilhabe
45 an sozialen und kulturellen Leben sowie Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung sichert.
46 Dies ist leider auch im Bereich der Gemeinde Wien vielfach nicht der Fall. Wir fordern
47 eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich und eine soziale
48 Existenzsicherung, die ihren Namen auch verdient – auch hier kann Wien voran gehen.

49 Wir fordern Nulltarif auf allen Öffis und leistbares Wohnen durch massive Investitionen
50 der Stadt in den öffentlichen Wohnbau und wir stehen für die Verteidigung und den
51 Ausbau kommunalen und staatlichen Eigentums.

52 Die kommenden Wiener Bezirks- und Gemeinderatswahlen werden wir auch nutzen, um
53 unsere Positionen und deren Sinnhaftigkeit darzulegen, aber auch um zu erläutern,
54 warum Grüne, die Liste Pilz und die Neos keine Alternative darstellen. Wir werden daher,
55 wie auch am Parteitag beschlossen, auch in Zukunft versuchen mittels Kooperationen
56 und auch mit Hilfe von Wahlallianzen - sofern möglich und sinnvoll - das Stimmgewicht
57 der Linken links von Sozialdemokratie und Grünen zu erhöhen, denn "es geht um die
58 praktische Organisation von sozialen, ökonomischen und kulturellen Interessen bzw.
59 Alternativen".

60

61 Ausgangspunkt in Wien ist dabei die Wahl-Allianz Wien Anders. Die Zusammenarbeit
62 zwischen den verschiedenen Zugängen in Wien Anders ist stabil, konstruktiv und
63 produktiv. In allen wichtigen politischen und strategischen Fragen besteht gegenwärtig
64 zudem breite Übereinstimmung mit unseren Allianzpartnern - auch was die gewünschte
65 Verbreiterung in Richtung Junge Grüne und weitere Unabhängige betrifft.

66

67 Nichtsdestotrotz wird die KPÖ-Wien das konkrete wahlpolitische Auftreten nicht jetzt,
68 sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt (wahrscheinlich Winter 2019) im geeigneten
69 Rahmen (wahrscheinlich auf einer außerordentlichen Landeskonferenz) entscheiden.

70

71 **3 Enthaltungen**

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Antrag 3: Erarbeitung eines Forderungsprogramms der KPÖ Wien

Antragsteller: BO KPÖ Donaustadt

Inhalt: Die KPÖ Wien möge ihre Forderungen (aus den unterschiedlichsten Bereichen) und Vorstellungen wie die Stadt, in der wir leben, aussehen soll in einem kompakten, übersichtlichen und vor allem auch für die Öffentlichkeit interessant zu lesenden „Forderungsprogramm“ zusammenfassen.

Begründung: Oft sind in Gesprächen mit InteressentInnen bzw. potentiellen WählerInnen der KPÖ einige Einzelforderungen bekannt, jedoch stellt sich oft die Frage was die KPÖ eigentlich allgemein möchte.

Auch wird uns von SympatisantInnen und Interessierten oft bemängelt, dass es in unseren Internetauftritten bzw. Printveröffentlichungen sehr genaue Ausarbeitungen und Analysen von einzelnen Themenbereichen gibt, diese jedoch allzu oft „in der Luft hängen“ und nicht klar erkennbar in ein allgemeines, strukturiertes Konzept eingebettet sind.

In diesem Sinne würde wir es als sinnvoll erachten ein Papier, welches durchaus „Forderungsprogramm“ genannt werden kann, zu erarbeiten. Vom Aufbau her könnte es so aussehen, dass man die Forderungen der KPÖ Wien zu den einzelnen Themenkomplexen (Wohnen, Verkehr, soziale Sicherheit,...) zusammenfasst und in ein allgemeines Konzept einer fortschrittlichen und solidarischen Stadt einbettet. Somit könnte auf der einen Seite Interessierten ein schnellerer Überblick über unsere Forderungen geboten und auf der anderen Seite der Öffentlichkeit besser vermittelt werden wofür die KPÖ steht und sich einsetzt. Insofern würde uns ein solches Papier sowohl von der inhaltlichen Profilschärfung als auch von der politischen Wirkung nach außen durchaus von Nutzen sein.

Einstimmig

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Antrag 4: Fortschrittliche Stadt- und Verkehrsplanung

Antragsteller: BO KPÖ Donaustadt

Inhalt: Die KPÖ Wien möge auf diesem Wege ihre konsequenten Haltung zu einer fortschrittlichen Kommunalpolitik, insbesondere im Bereich Wohnen und Verkehr, bekräftigen. Es soll fortwährend versucht werden vernünftige soziale und ökologische Alternativen zu den Konzepten der etablierten Parteien zu erarbeiten, um allen Menschen in der Stadt ein besseres Leben zu ermöglichen.

Begründung: Gerade die großen Wiener Flächenbezirken, wie Floridsdorf und Donaustadt, sind von der aktuellen Stadtplanung, welche in vielen Bereichen konzeptlos oder schlicht und ergreifend nur im Interesse von Profitmaximierung vorangetrieben wird, betroffen. Um nur zwei Beispiele aus dem Bereich Wohnen und Verkehr zu nennen: Unglaublich viele Grünflächen werden verbaut. Doch anstatt dass leistbare Wohnungen (wie die groß angekündigten neuen Gemeindebauten) errichtet werden, baut man Luxuswohnungen, welche auch ganz unverhohlen als Spekulations- und Anlageprojekte beworben werden.

Ein anderer Punkt wäre die aktuelle Entwicklung der Verkehrspolitik: So werden beispielsweise aktuell zwei massive Großprojekte (die autobahnähnliche Stadtstraße durch Hirschstetten und der Lobautunnel) im nord-östlichen Wien geplant. Nicht nur, dass diese Projekte vom ökologischen Standpunkt her höchst bedenklich sind, immerhin würden besagte Projekte quer durch Wohngebiet bzw. quer durch das Naturschutzgebiete Lobau führen, so sind sie auch verkehrspolitisch unsinnig. So beweisen zahlreiche Studien der TU Wien, dass diese Straßen nur noch mehr (Schwer-)Verkehr anziehen und die Zersiedelung der Stadt vorantreiben würde.

All diese angesprochenen Punkte sind mehr oder weniger kommunalpolitische Fragen, welche für viele Menschen ganz konkrete Auswirkungen auf das tägliche Leben haben. In diesem Sinne ist es durchaus sinnvoll, wenn die KPÖ Wien weiterhin, und in Zukunft vielleicht noch intensiver, linke Kommunalpolitik betreibt und alternative Konzepte (Öffentlicher Verkehr, Wohnen,...) noch genauer ausarbeitet, welche den Menschen direkt etwas nützt.

Einstimmig

1 Antragsteller: Die Genossinnen und Genossen d. GO Wien 6-9

2

3

4

5

ANTRAG 5

6

7 Die KPÖ nominiert den

8 Genossen Landessprecher Mag. Didi Zach

9 als Spitzenkandidat der KPÖ für die kommenden Gemeinderatswahlen in Wien. Sofern die
10 Kandidatur im Rahmen einer Wahl-Allianz erfolgt (wovon gegenwärtig auszugehen ist) und
11 sich weitere Personen im Rahmen einer Allianz dieser Aufgabe stellen wollen, so sind die
12 Gremien beauftragt zu prüfen, welche personelle Entscheidung aus Sicht der KPÖ für das
13 Wahlprojekt am sinnvollsten ist.

14 Zudem gehen wir davon aus, dass Genosse Zach im Fall des Falles sich auch gerne einer
15 geheimen Abstimmung innerhalb der Wahl-Allianz stellt bzw. er auch bereit ist, im Interesse
16 des gemeinsamen Projekts auf die Spitzenkandidatur zu verzichten, sofern andere, besser
17 geeignete Personen zur Kandidatur auf Platz 1 bereit sind."

18

19

20

BEGRÜNDUNG

21

22 1. Genosse Zach ist als jahrelanger Landessprecher die zurzeit wohl bekannteste, am
23 geringsten polarisierende und mit seinen Erfahrungen und Fähigkeiten die am besten
24 geeignetste Person für diese Aufgabe.

25 2. In der Außenwirkung wird damit ein starkes und positives Signal gesetzt. Die KPÖ stellt
26 mit ihrem Programm nicht nur den Anspruch, im Interesse und für die Interessen der vom
27 Kapitalismus Benachteiligten und Ausgegrenzten wirksam zu werden, sondern die Partei
28 zeigt Geschlossenheit, ein starkes Selbstbewusstsein und Einigkeit in der Frage der
29 Spitzenkandidatur. Wir sind uns sozusagen nicht nur über unsere Forderungen und unser
30 Programm im Klaren, sondern auch über die Person der wir unser Vertrauen als
31 Spitzenkandidat geben und von dem wir sicher sind, dass er diese verantwortungsvolle und
32 schwierige Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit erledigen wird. Damit schaffen wir klare
33 Verhältnisse für bestehende und mögliche zukünftige Partner eines/r
34 Wahlbündnisses/Wahlallianz.

35 2. Partei intern, können wir jetzt schon damit beginnen, den Spitzenkandidaten besser und
36 länger als vorgesehen auf diese Aufgabe vorbereiten.

37 4. An und bei sämtlichen für uns relevanten öffentlichen Veranstaltungen und bei relevanten
38 Medienereignissen, kann und soll unser Spitzenkandidat ab jetzt, und damit wesentlich
39 früher als üblich, deutlich sichtbar und bemerkbar werden.

40 5. Je früher der Spitzenkandidat sein engstes Wahlkampfteam zusammenstellen kann und je
41 früher dieses die Vorbereitungsarbeit aufnehmen kann, umso wirkungsvoller wird die Arbeit
42 im Wahljahr und besonders während der heißen Phase des Wahlkampfes.

43

44 **6 Enthaltungen**

1
2
3
4
5
6
7
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21

Antrag 6

Antragssteller: Fink, Fuxbauer, Zach

Die Stadt Wien ist mit 220.000 Gemeindewohnungen, wie oft stolz verkündet wird, der größte Hauseigentümer Europas. Vielfach wird jedoch auf spezielle Situationen und Umstände nicht eingegangen, obwohl dadurch viel Leid verhindert werden könnte.

Wir fordern: keine Räumungsklagen und keine Delogierungen aufgrund von Mietrückständen in Gemeindewohnungen, insbesondere wenn es Menschen betrifft, die wegen prekärer finanzieller Verhältnisse, wegen schwerer emotionaler Krisen oder psychischer oder körperlicher Erkrankungen in Zahlungsrückstand gekommen sind.

Speziell Bewohnerinnen und Bewohner, die sich aufgrund ihrer prekären (finanziellen?) Situation im Zahlungsrückstand befinden, sollen damit vor dem Verlust ihrer Wohnung bewahrt werden, denn gerade die eigene Wohnung ist der wichtigste Baustein für soziale Stabilität sowie der physischen und psychischen Gesundheit.

Einstimmig

Antrag 7**Antragssteller: Fink, Zach, Fuxbauer**

Die Gemeinde Wien errichtet wieder neue Gemeindewohnungen – was von der KPÖ jahrelang gefordert, aber von der SPÖ als unfinanzierbar dargestellt wurde. Damit leistbarer und zeitgemäßer Wohnraum in ausreichender Anzahl errichtet werden kann, braucht es einige neue Rahmenbedingungen, die dies ermöglichen, denn die Grundstückspreise sind in Wien von 1987 bis 2010 um 160 Prozent gestiegen.

Wir meinen:

+ damit weitere Flächen in der Stadt mobilisiert werden können braucht es ein Vorkaufsrecht der Gemeinde Wien (konkret könnte z.B. bei beantragter Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes in Bauland / Wohngebäude ein solches Vorkaufsrecht wohl leicht umgesetzt werden)

+ wird sind strikt gegen den Verkauf von Grundstücken im Eigentum der Stadt an Private. Öffentlicher Grund muss – sofern die Gemeinde nicht selbst als Bauherr tätig wird - dem sozialen Wohnbau vorbehalten sein – wobei das Prinzip Baurecht statt Verkauf anzuwenden ist, damit die Grundstücke weiterhin im Eigentum der Stadt verbleiben.

Wir fordern die Einführung einer Wohnbausteuer/Wohnbauabgabe analog jener aus der 1. Republik, womit sowohl die Errichtung neuer Gemeindewohnungen wie auch die Sanierung von Altbauten finanziert werden könnte.

1 Enthaltung

1
2
3
4
5
6
7
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20

Antrag 8

Antragssteller: KPÖ-Landstrasse

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

In der neu gewählten Stadtleitung soll das Thema BGE durch eine eigene politische Verantwortung aufgewertet werden.

- Es soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, um
- + die Debatte in der KPÖ Wien zu fördern
- + die inhaltlichen Positionen weiter zu entwickeln
- + in der Frage kampagnenfähig zu werden

Begründung:

Auch die Wr. Stadtregierung denkt über Einschränkungen bei Sozialleistungen nach. Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auf. Es braucht Grundrechte statt Almosen, Chancen statt Abstieg, Achtung statt Beschämung, sozialen Ausgleich statt Spaltung.

3 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen

1 Antrag 9: Alleinerziehende: Studie zur 2 Kostenwahrheit und schrittweise Einführung des 3 BGE!

4 **Begründung:** Rund 173.000 Ein-Eltern-Familien mit Kind(ern) unter 25 Jahren gibt es laut
5 Statistik Austria in Österreich. Laut Steuerrecht werden Alleinerziehende folgender Maßen
6 definiert: „Alleinerziehende sind Steuerpflichtige mit mindestens einem Kind, die nicht mehr
7 als sechs Monate im Kalenderjahr in einer Gemeinschaft mit einer (Ehe-)Partnerin/einem
8 (Ehe-)Partner leben und die für ihr Kind bzw. ihre Kinder mehr als sechs Monate im
9 Kalenderjahr den Kinderabsetzbetrag erhalten.“

10 Um wen handelt es sich dabei konkret? Zu über 90 Prozent sind Mütter die
11 Alleinerziehenden. Alleinerziehende sind - neben Geflüchteten - gleichzeitig besonders stark
12 von Armut bedroht: zu über 40% sind sie davon betroffen oder Armutsgefährdet, wie durch
13 Statistik Austria oder BMASK-Studien gut dokumentiert
14 (https://www.soz.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_soziologie/Personen/Institutsmitglie
15 [der/Zartler/Alleinerziehende_in_O%CC%88sterreich_2011_FINAL.pdf](https://www.soz.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_soziologie/Personen/Institutsmitglie/der/Zartler/Alleinerziehende_in_O%CC%88sterreich_2011_FINAL.pdf)). Diese Armut vererbt
16 sich auch: Kinder und Jugendliche von Alleinerzieherinnen sind mehr als doppelt so oft
17 armutsgefährdet und haben dadurch auch im späteren Leben schlechtere Berufsaussichten.
18 Nur die Hälfte der Alleinerziehenden kann sich zumindest eine Woche Urlaub pro Jahr
19 leisten, ein Viertel kann sich keine neue Kleidung leisten, zehn Prozent können im Winter
20 ihre Wohnung nicht ausreichend heizen. Das sind horrenden Zahlen in einem der reichsten
21 Länder der Welt!

22
23 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert daher für diese besonders armutsgefährdete Gruppe ein
24 Pilotprojekt von der Stadt Wien, zur Einführung eines Bedingungsloses Grundeinkommen
25 (BGE) in der Höhe von €1.500.- für AlleinerzieherInnen. Dieser Betrag sollte allen Ein-Eltern-
26 Familien in Wien zukommen, an keine Bedingungen (wie etwa die berüchtigte
27 "Verfügbarkeit" bzw. "Arbeitswilligkeit" beim AMS) geknüpft sein, und überdies natürlich
28 zusätzlich zu dem Kind zustehenden Leistungen (wie Kindergeld, Unterhaltszahlungen,
29 Kinder-BMS oder etwa Gratiskindergarten) ausbezahlt werden.

30
31 Die KPÖ Wien fordert zur effektiven Bekämpfung der Armut von AlleinerzieherInnen von der
32 Stadt Wien umgehend:

- 33 ● eine wissenschaftliche Studie zur Evaluierung der tatsächlichen Kosten, die ein Kind
34 verursacht, in Auftrag zu geben. Ziel muss es sein, das Kindergeld entsprechend der
35 tatsächlichen entstehenden Kosten anzupassen;
- 36 ● die Einführung des BGE in der Höhe von €1.500.- für alle in Wien lebenden
37 Alleinerziehenden mit Kindern unter 27 Jahren (vgl. Definition: Statistik Austria und
38 Steuerabsetzbetrag) durch die Stadt Wien als innovatives Pilotprojekt zum Ausbau
39 Sozialer Infrastruktur und damit zur Armutsbekämpfung.

40 5 Enthaltungen

1 Antrag 10. Arbeitserlaubnis für AsylwerberInnen in 2 Wien!

3 **Begründung:** Zentrale Forderung aller relevanten NGOs (siehe UNDOK-Anlaufstelle
4 <http://zugang-jetzt.undok.at/> oder SOS-Mitmensch
5 <https://www.sosmitmensch.at/site/home/article/889.html>) im Einklang mit ÖGB und AK ist der
6 rasche Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen. Um die Argumente für einen
7 Arbeitsmarktzugang in den Worten des Direktors der Volkshilfe Österreich, Erich Fenninger,
8 zusammenzufassen: "Die Ausweitung des Arbeitsmarktzutrittes für AsylwerberInnen
9 vermeidet Langzeitarbeitslosigkeitseffekte und beschleunigt die Integration."
10 Die zur Zeit u.a. durch den "Bartenstein-Erlass" geltenden Bestimmungen gehen hingegen
11 genau in die verkehrte Richtung. AsylwerberInnen dürfen de facto keiner unselbständigen
12 Tätigkeit nachgehen. Das türkisblaue Regierungsprogramm sieht weitere Verschärfungen
13 vor. Ausnahmen gibt es bisher nur im Rahmen gewisser Kontingente, etwa für
14 Saisonbeschäftigte und ErntearbeiterInnen. Eine weitere Möglichkeit ist die so genannte
15 gemeinnützige Beschäftigung, die mit geringen Anerkennungsbeiträgen abgegolten wird,
16 oder eine Tätigkeit via "Dienstleistungsscheck".

17
18 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert die Stadt Wien auf alle bestehenden Möglichkeiten
19 auszuschöpfen, um AsylwerberInnen eine Arbeit zu ermöglichen. Erste Schritte wurden hier
20 auf Gemeindeebene im Bereich der Gemeinnützigkeit schon gemacht. Zu achten ist auch in
21 Wien darauf, dass es hierbei zu keinem Lohn- und Sozialdumping kommt, eine Abgeltung
22 der Tätigkeit sich also an geltenden Kollektivverträgen zu orientieren hat und nicht an
23 "Anerkennungsbeiträgen" von 2.- oder 3.- pro Stunde.

27 1 Enthaltung

1 Antrag 11: Transparenz schützt Menschen: 2 Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen in Wien!

3 **Begründung:** Fußballfans oder politische AktivistInnen können davon ein Lied singen:
4 PolizistInnen agieren im Zuge ihrer Einsätze bei Fußballspielen oder Demonstrationen oft
5 nicht situationsadäquat mit dem "gelindesten Mittel". Auch zahlreiche, gut dokumentierte
6 Polizeiübergriffe der letzten Jahre haben das Problem immer wieder in die Öffentlichkeit
7 gebracht.

8 Eine gemeinsame Forderung der österreichischen Fußballfanszene bringt das Problem auf
9 den Punkt: "Polizisten sollen nicht länger inkognito bleiben dürfen, denn die österreichische
10 Polizei bricht immer wieder Gesetze, ohne dafür belangt werden zu können." Befürwortet
11 wird die Kennzeichnungspflicht übergreifend von Fußballfans, AktivistInnen oder kritischen
12 JuristInnen damit, dass in vielen Fällen die Aufklärung unrechtmäßiger Polizeigewalt erst
13 durch die individuelle Kennzeichnungspflicht von PolizistInnen ermöglicht wird. So auch
14 Amnesty in einer Kampagne unter dem Titel "Transparenz schützt Menschenrechte!". Im
15 überwiegenden Teil der EU-Ländern ist eine Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen
16 übrigens schon längst selbstverständlich.

17
18 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert die Landespolizeidirektion auf, in einem Pilotprojekt die
19 Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen in Wien bis 2020 einzuführen. Konkret aufgegriffen
20 werden soll das Modell der slowenischen Polizei: PolizistInnen können dort zwischen dem
21 Tragen eines Namensschildes und einer Identifikationsnummer wählen.

22 **Einstimmig**

1 Antrag 12: Solidarische Stadt: Wien ist für alle da, 2 nicht nur für die Reichen!

3 **Begründung:** Von New York, über Barcelona und Grenoble bis nach Palermo reicht die
4 Bewegung „Rebellischer Städte“, die zumeist rechte Regierungen auf nationaler Ebene stark
5 herausfordern. Ziel dieser Bewegung progressiv regierter Städte ist einen kostengünstigen
6 Zugang zu sozialer Infrastruktur für alle BewohnerInnen einer Stadt - egal ob Arm oder ohne
7 Pass - zu schaffen. Ein Konzept also, dass auf ähnliche Versuche im „Roten Wien“ der
8 Zwischenkriegszeit verweist.

9
10 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert die Stadtregierung auf, die bestehenden Konzepte
11 vergleichbarer Städte aufzugreifen und deren Umsetzung in Wien voranzutreiben. Dies
12 erscheint um so dringlicher als Schwarzblau auf Bundesebene einen Angriff auf den
13 Sozialstaat plant, dem sich die Stadt mutig entgegenstellen sollte.

14
15 D
16 ie rot-grüne Stadtregierung soll sich konkret an dem von Barcelona initiierten Netzwerk
17 "Fearless City" ("Angstfreie Stadt") aktiv beteiligen und einen nächsten Kongress
18 "Angstfreier Städte" in Wien ausrichten.

19 20 **2 Enthaltungen**

1 Antrag 13: Solidarische Stadt: Urban Citizenship

2 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert die rot-grüne Stadtregierung auf, noch 2018 ein konkretes
3 Konzept und einen Zeitplan zur Einführung von "Urban Citizenship" bzw.
4 "StadtbürgerInnenschaft" vorzulegen. In dem Konzept speziell enthalten sein soll eine
5 Wiener "Stadtausweis" (City-ID) und ein Fahrplan für deren Einführung bis zur nächsten
6 Wienwahl (2020). Der "Stadtausweis" soll analog dem Beispiel New York oder dem aktuellen
7 Plan der Stadt Bern oder Zürich für alle BewohnerInnen der Stadt zugänglich sein - egal
8 welchen Pass oder Aufenthaltsstatus diese haben. Daran geknüpft soll der niederschwellige
9 bzw. kostenlose Zugang zu von der Stadt betriebener oder geförderter Sozialer Infrastruktur
10 (Gesundheitseinrichtungen, Museen, öffentlicher Verkehr...) sein; dieser Ausweis sollte
11 bestehende, jedoch auf Freiwilligkeit beruhende und AMS-Bezug oder Mindestsicherung
12 gekoppelte, Angebote wie den "Kulturpass" ersetzen.
13

14 **1 Enthaltung**

1 **Antrag 14: Solidarische Stadt: Selbstverwaltung**
2 **fördern**

3 **Antrag:**

4 Die rot-grüne Stadtregierung ist dazu aufgefordert analog zu Großstädten wie Barcelona bei
5 der Vergabe städtischer Aufträge aus sozialökologischen Gründen lokale bzw. regionale
6 Unternehmen zu bevorzugen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Unternehmen
7 arbeitsrechtliche und soziale Standards nicht unterlaufen und dies auch durch die Stadt
8 kontrolliert wird; bevorzugt werden sollen insbesondere Betriebe in Selbstverwaltung (wie
9 z.B. Genossenschaften oder Vereine mit entsprechendem Statut).

10

11 **2 Enthaltungen**

1 **Antrag 15: Solidarische Stadt: Abschiebungen**
2 **verhindern!**

3 **Antrag:** Nicht nur Afghanistan ist kein sicheres Drittland: die rot-grüne Stadtregierung wird
4 dazu aufgefordert - analog dem Beispiel New York - alle MitarbeiterInnen im Bereich der
5 Stadt anzuweisen, die Zusammenarbeit mit Behörden, wenn es um Abschiebung geht,
6 einzustellen. Dies betrifft neben Magistratsbediensteten etwa LehrerInnen oder
7 KindergartenpädagogInnen in Einrichtungen der Stadt Wien. Unterstützt werden sollen die
8 hier tätigen Bediensteten durch spezielle Schulungen über rechtliche Möglichkeiten und
9 Rechte.

10

11 **1 Gegenstimme, 1 Enthaltung**

1 Antrag 16: Solidarische Stadt: Wahlrecht für alle!

2 **Begründung:**

3 Ein Viertel der BewohnerInnen der Stadt Wien sind nicht wahlberechtigt, da sie keine
4 österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Dies obwohl sie zwar hier arbeiten, Steuern
5 zahlen und ihren Lebensmittelpunkt hier haben. Überdurchschnittlich betroffen sind von
6 dieser undemokratischen Entwicklung MigrantInnen aus unteren Einkommensschichten,
7 womit dies auch eine Klassenfrage ist. Diese besorgniserregende Entwicklung erinnert stark
8 an das 19. Jahrhundert, an die Zeit vor Einführung des allgemeinen und gleichen
9 Wahlrechts für alle.

10
11 **Antrag:** Die Stadt Wien ist gefordert hier entsprechend Druck in Richtung Wahlrecht für alle
12 auf die Bundesregierung aufzubauen, um der undemokratischen Entwicklung entgegen zu
13 treten. Konkret kann im Zuge der nächsten Wienwahl 2020, die parallele Möglichkeit in allen
14 Wahllokalen geschaffen werden, eine symbolische Stimmabgabe für alle WienerInnen ohne
15 österreichischen Pass, auch auf Gemeindeebene, zu ermöglichen. Die Stimmabgabe soll
16 parallel erfolgen und ebenso ausgezählt werden, um eine breite Diskussion über gleiche
17 Rechte zu ermöglichen. Dies wäre ein wichtiger symbolischer Schritt. Auch weitergehende
18 Vorschläge hat die KPÖ Wien in der Vergangenheit schon gemacht ("Einrichtung eines
19 MigrantInnen(bei)rates, der im Zuge der Parallelwahl gewählt wird") und könnten durch Rot-
20 Grün jeder Zeit aufgegriffen werden.

21 22 23 24 25 26 27 **3 Enthaltungen**

1 17. Stadt Wien als Vorreiter bei HIV Bekämpfung 2 durch PrEP

3 **Begründung:** Eine HIV Infektion und die damit verbundene AIDS-Erkrankung ist mittlerweile
4 kein Todesurteil mehr. Durch den Druck von AktivistInnen zur Entwicklung neuer
5 Medikamente und Behandlungsmethoden ist HIV-Infektion mittlerweile gut behandelbar
6 geworden. Neueste Medikamente und Behandlungsmethoden unter dem Titel PrEP, Prä-
7 Expositions-Prophylaxe, verhindern sogar eine Ansteckung von Nicht-HIV-Infizierten mit dem
8 Virus.

9
10 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert daher, dass die Stadt Wien Vorreiterin in Sachen HIV-
11 Bekämpfung werden soll und sich dafür einsetzt, dass PrEP in Spitälern der Stadt kostenlos
12 auf Verlangen bereitgestellt wird, um HIV-Neuinfektionen mittelfristig gänzlich zu verhindern.

13 **1 Gegenstimme, 1 Enthaltung**

1 Antrag 18: Keine Gratiszeitungs-Entnahmeboxen 2 im öffentlichen Raum! Kein Geld für Hetze!

3 **Antrag:** Die KPÖ Wien schließt sich vollinhaltlich der Forderung der GenossInnen der
4 Sektion 8 der SPÖ an und fordert: "Keine Gratiszeitungs-Entnahmeboxen im öffentlichen
5 Raum Wiens" und damit das Zurückziehen aller Bewilligung durch die Wiener Stadtwerke
6 oder andere stadteigene Betriebe dafür. Dies führt sowieso nur zu einem einseitigen
7 Wettbewerbsvorteil finanziert durch Steuergelder, der nicht nachvollziehbar ist.
8 Überdies wird die Stadtregierung auch von der KPÖ Wien aufgefordert, die Einhaltung des
9 Ehrenkodex des österreichischen Presserats als Bedingung für Inseratenschaltungen zu
10 Grunde zu legen.

11
12 Die KPÖ Wien fordert die Stadt Wien dazu auf, die somit eingesparten Mittel in die
13 Förderung gleichwohl unabhängiger, fortschrittlicher wie auch kritischer Medien zu stecken,
14 um der demokratiegefährdenden Medienkonzentration in Österreich etwas
15 entgegenzusetzen. Einen Gegenpol aufzubauen wäre um so dringlicher als Schwarzblau
16 auch Angriffe auf Wiener Zeitung und den ORF angekündigt hat und mit der Einstellung von
17 FM4 eine erstes Exempel statuieren will. So dies passiert, sollte die rot-grüne Stadtregierung
18 prüfen, ob sie diese Medien aus demokratiepolitischen Überlegungen übernehmen und
19 weiterführen kann. Selbstverständlich muss in so einem Fall, die Unabhängigkeit dieser
20 Medien und journalistischer Arbeit sichergestellt werden.

21 **3 Gegenstimmen, 1 Enthaltung**

Antrag 19: Mehrwertabgabe statt Profite von Investoren! Hausbesetzungen entkriminalisieren! Airbnb regulieren!

Begründung: Steigende Mieten und systematischer Leerstand sind auch in Wien große Probleme. Neben der Wiederaufnahme des Baus neuer Gemeindewohnungen und einer notwendigen Debatte um zeitgemäße Formen der Enteignung in Hinblick auf die aktuelle Wohnungsnot, ist auch das Besetzen von Häusern eine zeitgemäße soziale Praxis als Antwort auf Spekulation und steigende Mieten. Hausbesetzungen stellen nicht nur die bestimmende Rolle des Eigentums an Wohnraum als Spekulationsobjekt in Frage - die zu immer höheren Mieten führt -, sondern diese Praxis "eröffnet vor allem Räume für andere Formen des Alltags", wie der bekannte Stadtsoziologe Andrej Holm feststellt. Ein weiteres akutes Problem in Wien sind steigende Bodenpreise. Auch hier wäre die Stadt Wien längst gefragt entgegenzuwirken und die bestehenden Möglichkeiten der Enteignung (gegen Schadenersatz) im öffentlichen Interesse wieder aktiv zu nützen, um auf diese Weise an leistbare Grundstücke zu kommen.

Das desaströse Bauprojekt am "Heumarkt" weist darüber hinaus auf noch ein Problem hin. Der finanzielle Gewinn bei Umwidmungen und Bodenwertsteigerungen muss der Allgemeinheit gehören, nicht privaten Investoren mit Naheverhältnis zu roten oder grünen PolitikerInnen.

Auch bei der Regulierung von Airbnb-Angeboten, die auch in Wien zunehmend Druck auf dem Wohnungsmarkt ausüben, ist die rot-grüne Stadtregierung säumig. Die soeben erschienene Studie „Wherebnb“ (<https://wherebnb.in/wien/>) zeigt überdies deutlich, dass hier vor allem wenige große Anbieter profitieren und Gewinne einstreichen.

Antrag: Die KPÖ Wien fordert:

- neben dem Bau neuer, leistbarer Gemeindewohnungen ist die Stadtregierung gefordert, die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen voranzutreiben, um der Spekulation mit Leerstand in Kooperation mit Sozialer Bewegungen effektiv entgegenzutreten;
- bestehende Instrumente der Enteignung müssen wieder genützt werden, um den steigenden Bodenpreisen aktiv entgegenzuwirken;
- Rot-Grün sollte endlich eine "Mehrwertabgabe" für Umwidmungsgewinnen von mindestens 50% einführen, analog dem Beispiel anderer Großstädte;
- Rot-Grün soll endlich Anbieter wie Airbnb regulieren, um so zu verhindern, dass Wohnungen dem Wohnungsmarkt entzogen werden und Mietpreise somit weiter steigen. Ganz konkret fordern wir von der Stadt eine Einschränkung für mietpreisregulierte Wohnungen sowie die Definierung schutzwürdiger Zonen, in denen Wohnungen nicht längerfristig - im Sinne von dauernd bzw. ununterbrochen - für touristische Zwecke vermietet werden dürfen.

Einstimmig

1 Antrag 20: Wiener Kulturerbe: 2 First Vienna FC 1894 und Wiener Sport-Club

3 **Begründung:** Wien ist zu Recht stolz auf sein Kulturerbe. Zu oft wird dieses aber mit
4 sogenannter "Hochkultur" gleichgesetzt, die unverhältnismäßig hoch gefördert wird.
5 Die KPÖ Wien fordert daher, dass die Stadt Wien hier umdenkt und Kulturerbe neu versteht.
6 Dazu gehört es auch, sich zu den beiden ältesten Fußballclubs in Wien zu bekennen und
7 diese aktiv beim Erhalt ihrer beiden einzigartigen Sportstätten zu unterstützen. Beide Clubs
8 standen in den letzten Jahren immer wieder finanziell angespannten Zeiten gegenüber, die
9 (teilweise) Übernahme der Immobilien durch private Investoren stand immer wieder im
10 Raum.

11
12 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert: die Stadt Wien ist dazu aufgefordert, sich zu den beiden
13 Traditionsvereinen und deren einzigartigen Fankulturen zu bekennen. Dazu gehört auch,
14 sich zu verpflichten, den Erhalt der Spielstätten großzügig zu unterstützen. Dies nicht nur in
15 Hinblick auf die Sanierung, sondern auch durch die Übernahme laufender Kosten.
16 Im Gegenzug sollten sich beide Vereine dazu verpflichten auch in Zukunft den Frauenfußball
17 durch aktive Nachwuchsarbeit zu fördern und die Spielstätten weiterhin für
18 nichtkommerzielle Nutzung (Vorzeigebeispiel: der jährliche "Ute-Bock-Cup" am Wiener
19 Sportclub-Platz) zu öffnen.

20 5 Enthaltungen

1 Antrag 21: Betteln ist kein Verbrechen: 2 Gegen die Bestrafung der Ärmsten der Armen!

3 **Begründung:** Alle Jahre wieder ist es soweit, die Wiener Linien, die sich zu 100% im
4 Eigentum der Stadt Wien befinden, glauben mit einer "Aktion Scharf" oder Durchsagen
5 gegen BettlerInnen vorgehen zu müssen. Gerade auch zur Weihnachtszeit werden
6 BettlerInnen gezielt von Weihnachtsmärkten vertrieben. Leider versucht auch die Stadt
7 Wien, unliebsame Armen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Dabei ist Betteln in
8 Österreich grundsätzlich erlaubt. Erst 2012 hat der österreichische Verfassungsgerichtshof
9 das festgehalten.

10
11 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert die rot-grüne Stadtregierung zu einem radikalen Kurswechsel
12 in dieser Frage hin zu einer sozialen Politik auf. Wir sind der Meinung, dass Armut und nicht
13 Arme bekämpft werden sollen: Niemand soll betteln müssen, aber alle sollen betteln dürfen!
14 Analog zu Bettellobby - einem Netzwerk von AktivistInnen aus dem Sozial- und
15 Kulturbereich - fordern wir die Abschaffung aller Bettelverbote. Gemeint sind auch die im
16 Bereich vorgelagerter Betriebe der Stadt oder im Bereich öffentlicher aber privatisierter
17 Räume, wie den Weihnachtsmärkten. Damit einhergehend fordern wir ein Ende der
18 Kriminalisierung von bettelnden Menschen. Öffentliche Räume sind für alle da, nicht nur für
19 die Reichen.

20 Zusätzlich dazu fordert die KPÖ Wien die Einführung eines/r Bettelbeauftragten der Stadt
21 Wien, der bei Übergriffen oder bei Vertreibung aus dem öffentlichen Raum kontaktiert
22 werden kann und auf Seiten der Betroffenen unterstützend eingreift. Diese/r Beauftragte soll
23 überdies über ausreichend Mittel verfügen, um AktivistInnen dabei zu unterstützen,
24 gemeinsam mit Betroffenen die ihnen zustehenden Rechte durchzusetzen. Soziale
25 Aufgaben wie diese dürfen nicht stillschweigend auf Private ausgelagert werden, sondern
26 müssen von der Stadt adäquat unterstützt werden.

27 1 Gegenstimme

1

2

3

4

5



6

7



8



9

Antrag 23: Frauenvolksbegehren auf Gemeindeebene umsetzen!

Begründung: Das Frauenvolksbegehren ist jetzt schon ein Erfolg. Binnen eines Tages konnte die notwendige Hürde an Unterschriften genommen werden, mit knapp 250.000 wurde es Anfang April eingereicht. Durch die Debatte um das, Volksbegehren wurden in den letzten Monaten frauenpolitische Maßnahmen wieder in die Öffentlichkeit gerückt. Diese gilt es nun auch praktisch umzusetzen.

Antrag: Als KPÖ Wien fordern wir die Umsetzung der Forderungen des aktuellen Frauenvolksbegehrens auf Gemeindeebene. Überdies sollten diese Forderungen auch an Unternehmen gestellt werden, die (a) Förderungen oder Subventionen der Stadt beziehen oder (b) Aufträge der Stadt erhalten. Dies betrifft insbesondere folgende Forderungen des Volksbegehrens:

- Jede Arbeit hat ihren Wert: Vom Gehalt sollen alle leben können. Daher fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von EUR 1.750,- brutto in allen von der Gemeinde Wien betriebenen finanzierten Bereichen bzw. von ihr geförderten Unternehmen;
- Umverteilt statt unbezahlt: Aufgrund des hohen Frauenanteils bei Teilzeitbeschäftigung und zur gerechteren Aufteilung von unbezahlter Arbeit fordern wir für Gemeindebedienstete eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche;
- Jedes Kind hat seinen Platz: Jedes Kind hat einen Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenlose, flächendeckende, qualitativ hochwertige Betreuung von der Krippe bis zum Hort.

Wie relevant die Forderungen sind, zeigt schon alleine, dass der Mindestlohn selbst im Einflussbereich der rot-grünen Stadt Wien in vielen Bereichen weit unter 1750,- liegt. U.a. aus diesem Anlass hat die KPÖ in den letzten Jahren sehr weitgehende sozialpolitische Forderungen entwickelt.

Einstimmig

1 Antrag 24: Mehr Personal in Krankenhäusern und 2 Pflegeeinrichtungen!

3 **Begründung:** Das „Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ in Berlin macht es vor und
4 will auf Landesebene durch eine Volksabstimmung mehr Pflegekräfte für die
5 Krankenstationen erzwingen. Der Personalmangel ist auch in Wien ein Kernproblem in
6 diesem Bereich. Immer mehr KollegInnen im Gesundheits- und Pflegebereich klagen über
7 Überlastung aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen, einer zunehmenden
8 Arbeitsverdichtung und schleichender Einsparungsmaßnahmen. Dies geht nicht nur zu
9 Lasten der Gesundheit der Beschäftigten sondern auch zu Lasten der Qualität der Arbeit.
10 Zugleich wird an dem Beispiel sichtbar, wie es zu massiven Interessenkonflikten zwischen
11 SPÖ-dominierten Gewerkschaften, die zugleich SPÖ-Arbeitgeber sind, kommen kann. Auf
12 Kosten der MitarbeiterInnen und KollegInnen im städtischen Gesundheitsbereich, deren
13 Interessen seit Jahren nicht mehr ausreichend vertreten werden.

14
15 **Antrag:** Als KPÖ Wien fordern wir daher die Wiederübernahme ausgelagerter
16 Tätigkeitsbereiche wie der Reinigung, eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals und die
17 Aufstockung des Personals (von der Verwaltung, über PflegerInnen, bis zu ÄrztInnen) in den
18 städtischen Krankenhäusern bis 2020 um rund 2500 KollegInnen.

19 **Einstimmig**

1 Antrag 25. Forderungen der KollegInnen im 2 Sozialbereich ernst nehmen!

3 **Begründung:** Im Sozialbereich brodelt es schon seit langem. Seit Jahren wird hier
4 schleichend gekürzt. Auch unter Rot-Grün und in Bereichen der Stadt Wien. Effekt davon ist:
5 der Arbeitsdruck für die Beschäftigten steigt, gute Arbeit zu leisten, wird dadurch eine
6 Herausforderung. Darauf haben etwa die KollegInnen aus dem privaten Sozialbereich Mitte
7 Februar im Zuge ihres Warnstreiks aufmerksam gemacht.

8
9 **Antrag:** Als KPÖ Wien fordern wir die rot-grüne Stadtregierung auf, Verantwortung für die in
10 ihrem Bereich (oder in von der Stadt Wien geförderten Betrieben) tätigen KollegInnen im
11 Sozialbereich zu übernehmen und Verhandlungen über bessere Arbeitsbedingungen
12 aufzunehmen. Gesellschaftlich wertvolle Arbeit soll gerade im Bereich der Stadt Wien
13 entsprechend anerkannt werden.

14 Ganz konkret unterstützen wir auch die Streikforderungen der KollegInnen und die analoge
15 Umsetzung im Bereich der Stadt Wien und vorgelagerter Betriebe:

- 16 ● sofortige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Gehalt als ersten Schritt;
- 17 ● voller Personalausgleich;
- 18 ● kein 12 Stunden-Tag oder andere Flexibilisierungen;
- 19 ● direkte Einbeziehung der KollegInnen in entsprechende Verhandlungen, nicht nur
20 Einbeziehung der SPÖ-dominierten Gewerkschaften.

21 **Einstimmig**

1 Antrag 26. Kulturangebote dezentralisieren!

2 **Begründung:** Geld im Kulturbereich ist sehr ungleich verteilt: einerseits fließt viel Geld in
3 Großevents andererseits fließen überproportional viele Förderungen in vergleichsweise
4 wenige Betriebe der Hochkultur, die sich zumeist auch noch im Stadtzentrum befinden.
5 Periphere Gegenden, in denen oftmals Leute mit wenig Einkommen oder MigrantInnen
6 leben, gehen dagegen leer aus. Hier wird sichtbar: Kulturpolitik ist also eine Klassenfrage.
7

8 **Antrag:** Als KPÖ Wien fordern wir die Stadt Wien auf diesem Ungleichgewicht
9 entgegenzuwirken und Kulturpolitik radikal neu zu denken. Wichtige Schritte wurden mit
10 beispielgebenden und international beachteten Festivals wie der Wienwoche oder dem
11 Volkxkino in diese Richtung schon gemacht. Hier gilt es anzusetzen und weiterzuentwickeln:

- 12 ● Förderungen und damit Kultur effektiv vom Zentrum in die Peripherie (Bezirke
13 außerhalb des Gürtels) verlagert wird;
- 14 ● hierbei vor allem Kulturarbeit gefördert wird, die nicht in erster Linie auf
15 bildungsbürgerliche Schichten ausgerichtet ist, sondern vor allem auch Personen aus
16 unteren Einkommenschichten, AlleinerzieherInnen, Arbeitslose und MigrantInnen
17 als Publikum anspricht.

18 3 Enthaltungen

1 Antrag 27: Wien werbefrei!

2 **Begründung:** São Paulo hat es getan, auch in Grenoble wurde es beschlossen:
3 Außenwerbung ist in den beiden Städten verboten. Grund dafür: Der öffentliche Raum soll
4 wieder ein Ort der Begegnung und des gesellschaftlichen Lebens werden, nicht in erster
5 Linie des Konsums oder in der Hand von privaten Investoren oder Großkonzernen und
6 deren Produkten.

7
8 **Antrag:** Die KPÖ Wien fordert daher nach internationalem Beispiel die rot-grüne
9 Stadtregierung auf, in einem ersten Schritt werbefreie Schutzzonen nach dem Vorbild
10 Hamburgs einzuführen und so den Einstieg aus dem Ausstieg zu wagen. Auch Wien soll im
11 Sinne der Mehrheit seiner BürgerInnen eine werbefreie Stadt werden. Dies betrifft das
12 Verbot kommerzieller Werbung nach dem Vorbild anderer Städte. Parteienwerbung sollte
13 eingeschränkt werden. Gleichzeitig sollen ausgewählte Werbeflächen wie Litfaßsäulen
14 erhalten werden und nicht kommerziellen bzw. gemeinnützigen Initiativen und
15 Organisationen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

16 17 18 **6 Enthaltungen**

1 Antrag 28: Systemwandel statt Klimawandel! Auch 2 in Wien radikaler Kurswechsel gefragt!

3 **Begründung:** Geplante Monsterbauprojekte der rot-grünen Stadtregierung beweisen es: ein
4 Systemwandel ist auch in Wien schon lange überfällig. Heumarkt-Projekt, Lobau-Tunnel und
5 dritte Flughafenpiste verweisen dabei auf zwei Ebenen, auf denen ein Kurswechsel fällig ist.
6 Zum einen agiert Rot-Grün hier massiv gegen die eigene Bevölkerung; zum anderen wäre
7 auch klimapolitisch ein Umdenken seitens der Stadt gefragt, wie auch von AktivistInnen
8 immer mehr eingefordert wird. Gerade die Grünen haben in Wien viele Hoffnungen auf eine
9 alternative Politik in den letzten Jahren enttäuscht.

10
11 **Antrag:** Als KPÖ Wien fordern wir von der rot-grünen Stadtregierung

- 12 • den sofortigen Ausstieg aus klimaschädlichen Bauprojekten wie der Dritten Piste und
- 13 dem Lobautunnel;
- 14 • eine Überprüfung aller Beteiligungen und Projekte der Stadt in Bezug auf ihre
- 15 Klimaverträglichkeit analog von Städten wie New York;
- 16 • ein ganz klares Verbot für klimabelastende „Heizschwammerl“ durch Rot-Grün, wie
- 17 es das schon längst auch in anderen Städten gibt;
- 18 • einen sofortigen Stopp der Bodenversiegelung für klimaschädliche Bauprojekte (z.B.
- 19 im Verkehrsbereich).

20 21 **4 Enthaltungen**

1 **Resolution Nr. 1 – Wiener Stadtleitung**

2 **Wohnen muss leistbar werden - Nein zu den Plänen der** 3 **schwarz-blauen Regierung**

4

5 **Vorbemerkung:** Diese Resolution beschäftigt sich hauptsächlich mit den bisher bekannten Plänen
6 der schwarz-blauen Regierung. Vorausgesetzt muss allerdings werden, dass die gegenwärtige
7 Situation auf dem Wohnungsmarkt mit seinen explodierenden Mieten und den immer geringeren
8 Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung bestehender Schutzrechte für die Mieterinnen und Mieter,
9 Ergebnis von vorherigen SPÖ/ÖVP-Bundesregierungen ist.

10

11 Es ist auch wichtig zu wissen, dass es sich bei sämtlichen wohnrechtlichen Materien um
12 bundesstaatliche Gesetzesmaterien handelt. Für eine auf Wien bezogene Wohnungspolitik bestehen
13 Eingriffsmöglichkeiten mittels förderrechtlicher Bestimmungen, da dies Aufgabe der jeweiligen
14 Länderregierungen ist. Eine besondere und besonders zu beachtende Möglichkeit einer Wiener
15 Stadtregierung sind natürlich die im Eigentum der Stadt befindlichen über 220.000 Wohnungen und
16 auch die große Anzahl von Genossenschaftswohnungen. Auch wenn die neue Regierung über
17 Bundesgesetze darauf Einfluss nehmen kann und will (siehe unten), so könnte sie dies nur, anders
18 als bei den gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften, wenn dies im Einvernehmen mit der jeweiligen
19 Stadtregierung geschieht. Und dies gilt es für uns als Wiener Organisation genauestens zu beachten
20 und im konkreten Fall zu bekämpfen.

21

22 In diesem Sinne ist auch das Nachfolgende zu verstehen, es gilt in erster Linie für den privaten
23 Wohnungsmarkt in Wien.

24

25 **Die bisher bekannten Pläne der Regierung Kurz/Strache**

26 im Bereich Wohnen werden katastrophale Folgen für hunderttausende Menschen haben, denn

27 + In Gründerzeitviertel soll künftig auch ein Lagezuschlag möglich sein – dies wird zu einer
28 massiven Verteuerung der Mietpreise führen. 100.000 Wohnungen in Wien würden sich mit einem
29 Schlag um bis zu 60 Prozent verteuern.

30 + Die Eintrittsrechte für Familienangehörige in Mietverträge sollen drastisch beschränkt und
31 zusätzliche Befristungsmöglichkeiten geschaffen werden.

32 + Die Regierung will den Mietkauf forcieren – dies würde bedeuten, dass mit
33 Wohnbauförderungsgeldern geförderte Mietwohnungen dem “Markt” entzogen werden, wodurch
34 sich die Zahl von leistbaren Mitwohnungen verringern würde.

35 + Nach Generalsanierungen sollen künftig für 25 Jahre „marktkonforme“ Mieten verlangt werden
36 können. Da in Wien auch private Altbauwohnungen mit Steuergeld gefördert saniert wurden und
37 werden, würde eine Freigabe solcher Mieten de facto bedeuten, dass öffentlichen Investitionen
38 zugunsten der Gewinne der Eigentümer privatisiert werden. Tatsache ist jedenfalls, dass in Wien aus
39 Steuergeldern in den letzten 40 Jahren rund 310.000 Wohnungen “unter Einsatz von
40 Wohnbaufördermitteln im Umfang von 4 Mrd. Euro saniert” wurden.

41 **Wir KommunistInnen sagen klipp und klar Nein zu diesen Plänen der Regierung.**

42 Zudem fordern wir, dass die Wiener Stadtregierung angesichts des Wachstums der Stadt die

43 Neubau-Kapazitäten für von der Stadt errichtete Gemeindewohnungen drastisch erhöht, denn mit
44 der Zielstellung 4.000 neue Gemeindewohnungen innerhalb von 5 Jahren zu errichten, wird den
45 steigenden Mieten nicht Einhalt geboten werden können.

46

47 **Als KommunistInnen sagen wir: Wohnen gehört nicht in private Hände!**

48

49 Wir brauchen einen gemeinwirtschaftlich, sozial-ökologisch orientierten Wohnbau. Die
50 marktwirtschaftlich, nur auf Profit ausgerichtete Wohnbaupolitik hat zur Genüge bewiesen, dass sie
51 den Bedarf an leistbarem Wohnraum nicht gewährleisten kann

52

53 Unsere weitergehenden Forderungen lauten daher:

54

55 - Mieten bis höchstens € 3,60/qm (derzeitige Kategorie-A-Mieten)

56 - Keine Indexanpassung auf Mieten (indirekter Mietpreisstopp)

57 - Keine Befristung von Mietverträgen

58 - Weg mit den Einstiegskosten (Provision, Kautions)

59 - Betriebskosten senken - z.B. durch das Wegfallen der Grundkosten und Versicherungen

60 - Ja zu einer Energiegrundsicherung

61 - Keine Spekulation mit Grund + Boden (bis zur Enteignung!)

62 - Großzügige Wohnbauprogramme der Kommunen

63

64 **Einstimmig**